

Zuwanderungsinitiative: Eidg. Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

Zuwanderungsinitiative gefährdet den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz:
Deshalb NEIN zur Initiative „gegen Masseneinwanderung“ der SVP

Am 9. Februar 2014 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Initiative „gegen Masseneinwanderung“ ab. Die Vorlage ist Projektionsfläche für viele Themen, welche den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennen, bietet jedoch keine Lösungen dafür. Dagegen gefährdet sie den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz durch eine Verschärfung des Fachkräftemangels, mehr Bürokratie und einen drohenden Verlust der bewährten Bilateralen. Die Solothurner Handelskammer spricht sich für ein NEIN zur Initiative der SVP aus.

Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich um Themen wie Verknappung des Kulturlandes, Verteuerung des Wohnraumes, Überbeanspruchung der Verkehrsinfrastruktur und Kriminalität und sehen in der Initiative „gegen Masseneinwanderung“ das Mittel, diese Probleme lösen zu können. Das ist falsch! Einerseits sind ein grosser Teil der Probleme hausgemacht (Steigender Wohnbedarf pro Person, weitere Pendlerdistanzen, wirtschaftlicher Erfolg der Schweiz, usw.). Andererseits begrenzt die Initiative der SVP die Zuwanderung nach oben nicht, sondern fordert im Kern einen Systemwechsel von der Personenfreizügigkeit mit der EU zurück zur Einführung jährlicher Kontingente. Für all die genannten Probleme hingegen gibt es bereits heute gesetzliche Grundlagen, die vom Bundesrat und den Regierungen der Kantone jedoch konsequenter angewendet und umgesetzt werden müssen.

Die Zuwanderungsinitiative verschärft den Fachkräftemangel

Bereits heute haben viele Unternehmen Schwierigkeiten, gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl zu finden. Der Kanton Solothurn ist dabei als typischer Industriekanton besonders stark betroffen. Die Zahl der inländischen Arbeitskräfte ist begrenzt. Weiterbildungsmassnahmen oder eine noch bessere Integration der Frauen ins Berufsleben können hier nur bedingt Abhilfe schaffen. Dazu kommt die demografische Entwicklung. Wenn in den nächsten zehn Jahren die geburtenreichen Jahrgänge („Babyboomer“) ins Pensionsalter kommen, müssen grosse Lücken auf dem Arbeitsmarkt gefüllt werden. Die Initiative legt den Unternehmen für die Rekrutierung zusätzliche Hindernisse in den Weg und stellt viele Branchen vor grosse Probleme.

Die Zuwanderungsinitiative führt zu mehr Bürokratie

Die Einführung staatlicher Kontingente für Zuwanderer und Grenzgänger und deren permanente Überprüfung sorgt für einen enormen bürokratischen Aufwand – nicht nur beim Bund und den Kantonen, sondern auch bei den Unternehmen. Die anfallenden Kosten schädigen nicht nur die KMU, sondern müssen letztlich durch die Steuerzahlenden und die Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden.

Am 11. März 2012 haben die Solothurner Stimmberechtigten mit aussergewöhnlichen 90,3 Prozent Ja-Stimmen die KMU-Förderinitiative „Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze“ deutlich angenommen. Der Rückfall zum planwirtschaftlichen Kontingentsystem mit der EU als wichtigsten Handelspartner steht diesem Volksentscheid diametral entgegen.

Die Zuwanderungsinitiative riskiert den Verlust der Bilateralen

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Solothurn hat mit seiner Export orientierten Industrie vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt stark profitiert. Produktivität und Wohlstand sind gestiegen, die Schweiz ist attraktiv, innovativ und wettbewerbsfähig. Die Initiative stellt alle diese Erfolge infrage. Weil sie mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen nicht vereinbar ist, droht die Schweiz aufgrund der „Guillotine-Klausel“ das ganze Vertragspaket der Bilateralen 1 (Personenfreizügigkeit, Forschung, Öffentliches Beschaffungswesen, Handel mit Agrarprodukten, Landverkehr, Luftverkehr, Technische Handelshemmnisse) zu verlieren.

Die Zuwanderungsinitiative gefährdet den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz.

Deshalb: NEIN zur Initiative „gegen Masseneinwanderung“!